

**VERÖFFENTLICHUNGEN
DES COLLEGIUM CAROLINUM
BAND 81**

Radko Břach

**Die Tschechoslowakei
und Locarno**

Oldenbourg

RADKO BŘACH

DIE TSCHECHOSLOWAKEI UND LOCARNO

Veröffentlichungen
des
Collegium Carolinum

Band 81

Herausgegeben vom
Vorstand des Collegium Carolinum
Forschungsstelle für die böhmischen Länder

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN 2011

Die Tschechoslowakei und Locarno

Europäische Variationen

von

Radko Břach

Aus dem Tschechischen
von Jana Heumos

Mit einem Vorwort
von Manfred Alexander

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN 2011

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by Die Deutsche Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available in the Internet at <http://dnb.ddb.de>.

© 2011 Collegium Carolinum, 81669 München
(<http://www.collegium-carolinum.de>)

All rights reserved. No part of this book may be reproduced or translated in any form, by print, photoprint, microfilm or any other means without written permission from the Collegium Carolinum. Violations of the above may result in criminal prosecution or civil damage awards.

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Collegium Carolinum unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Für Form und Inhalt trägt der Verfasser die Verantwortung.

Redaktion: Arnost Stanzel und Martin Wegele-Dippold, Collegium Carolinum

Satz und Layout: Collegium Carolinum München

Druck und Einband: Druckerei Ludwig Auer GmbH, Donauwörth

Verlag: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH,
Rosenheimer Straße 145, 81671 München
(<http://www.oldenbourg-wissenschaftsverlag.de>)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem
und chlorfrei gebleichtem Papier.

ISBN 978-3-486-56146-3

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	XI
I. UNSICHERHEITEN	1
1. Die Tories	2
Parteien in Europa	2
Die Regierung „Seiner Majestät“	3
„Ich habe die Ehre, hochachtungsvoll, Ihr ...“ - der „Sinowjew-Brief“ und dessen Folgen	6
Weder dafür noch dagegen - die Tories und das Genfer Protokoll ..	10
<i>Die britischen Regierungen und das Genfer Protokoll (10)</i>	
Einwände der Tories	11
Dominien und Interessensphären	14
2. Herriot à la Poincaré?	17
Im Élysée-Palast wird die „Internationale“ nicht gespielt - die sozialistische Regierung und die Sowjetunion	18
„Jeder Franzose trägt links das Herz und rechts die Brieftasche“ ...	22
<i>Die innenpolitischen Ziele des Kartells (22) – Die Kartellregierung arbeitet zwar mit einem ausgeglichenen Budget, die Staatskasse bleibt dennoch leer (25)</i>	
Aus dem Munde Herriots spricht Poincaré	27
<i>„Sécurité“ ohne Garantien? (27) – „Sécurité“, Abrüstungskontrollen und die Besetzung des Rheinlandes (29)</i>	
3. Linke Wahlen	32
Zweimal Wahlen - jede anders	32
<i>„Aufgrund seiner ganzen Zusammensetzung kann man von diesem Reichstag keine allzu große Arbeitsfähigkeit erwarten“ (32) – „Aus diesen Wahlen kann man schließen, daß die Zeit der Wirren in Deutschland bald vorbei ist“ (37)</i>	
„Was soll mit der Braut geschehen?“ - Deutschland und die Sowjetunion	39
<i>Deutschlands Beitritt zum Völkerbund: für und wider (40) – Das deutsche Memorandum oder: vier Fragen (42) – Exkurs: der Vertrag von Rapallo (43) – Zwei Hochzeiten? Deutschland zwischen Völkerbund und Sowjetunion (46)</i>	
„Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte“: zur Charakterisierung des deutschen Außenministers	48
<i>„Die Frage ‚Was halten Sie von Stresemann?‘ ist jedenfalls leichter gestellt als beantwortet!“ (49) – Hinwendung zur Realpolitik (50) – Das Kabinett Luther (54) – „Es fällt mir schwer, einerseits zu diesem wie andererseits zu jenem Standpunkt Stellung zu nehmen“ – Das Warten auf einen Impuls (57)</i>	

II. DAS ANGEBOT	59
1. Die deutsche Initiative	59
„Lord Protektor“ d’Abernon	59
<i>Ein Angebot von erheblicher Reichweite: Deutschlands Memorandum zur Sicherheitsfrage (59) – „Fast wie ein unkeusches Ansinnen“: Chamberlains Reaktion auf das deutsche Memorandum (62) – Das Genfer Protokoll schwindet dahin (63) – Britische Interessen (65)</i>	
Das Memorandum vom 9. Februar 1925: das deutsche Angebot an Frankreich	66
<i>Motive und Sinn der deutschen Initiative (68)</i>	
a) <i>Das französische Sicherheitsbedürfnis (68)</i>	
b) <i>Vermeidung einer britisch-französischen Allianz (69)</i>	
c) <i>Verständigung mit Frankreich (70)</i>	
d) <i>Räumung der Kölner Zone und die Beendigung der alliierten Kontrollmaßnahmen (71)</i>	
e) <i>Vom Outlaw zum gleichwertigen Partner (72)</i>	
f) <i>Ergänzende Schiedsabkommen (73)</i>	
<i>Schiedsabkommen sind interpretierbar (75)</i>	
„Einen gefährlichen Weg würde gehen, wer in jedem Schritt die anderen in Betracht zieht“: Chamberlains Memorandum	77
<i>Die Interessensphären des Empire und das Genfer Protokoll (79) – Ein Protokoll wird zu Grabe getragen (82)</i>	
2. Et nostra res agitur: das deutsche Memorandum und seine Folgen ..	87
Wird Polen mobilisieren?	87
<i>Historische Hintergründe und neue Grenzen Polens (93) – Es ist nicht einfach, Minister in Polen zu sein: die polnischen Reaktionen auf den deutschen Vorschlag (97)</i>	
„Etwas besser als korrekt“: die Beziehungen zwischen der ČSR und Deutschland	100
<i>Beneš Reaktion auf das deutsche Memorandum (100) – Keine Panik, aber Distanz: die tschechoslowakische Öffentlichkeit (102) – Hätte sich Stresemann auch bei Beneš bedankt, wenn er dessen Memoranden gekannt hätte? (105) – Wovon alles Außenpolitik beeinflusst werden kann (111)</i>	
Bohemi sunt Polonorum infestissimi inimici: die Rivalität zwischen Polen und der Tschechoslowakei	115
<i>Unterschiedliche Interessen: Das polnische Österreich heißt Rußland (118) – Polen und die Kleine Entente (120) – Ein paar Hütten in der Tatra (121)</i>	

3. Ein Besuch, der unter keinem guten Stern stand: Benešs Reise nach Warschau	123
Der Sturm im Wasserglas hat sich gelegt: Polnisch-tschechoslo- wakische Verträge	123
Les amis de nos amis sont nos amis - und nichts mehr: die Tsche- choslowakei und Polen	129
„Unverbindliche politische Kooperation überall dort, wo sich unsere Interessen nicht kreuzen“: Beneš in Warschau (130) – Die polnisch-tschechoslowakischen Verträge werden unterzeichnet (131)	
„Wer mit Polen befreundet ist, ist ein Gegner Deutschlands“ - in- ternationale Reaktionen	137
Rumänien (137) – Jugoslawien (138) – Frankreich (138) – Die UdSSR (139) – Deutschland (140)	
III. VERHANDLUNGEN	147
1. Schwierigkeiten	147
Hindenburg als Präsident	147
Brockdorff-Rantzau: „Ich bin bereit, eine tragische Rolle zu spielen, keineswegs aber eine komische.“ - Stresemanns Rußlandpolitik ..	155
„...man könne es einem Deutschen aus dem Elsaß nicht verdenken, wenn er Stresemann über den Haufen schieße“: Der Druck der Rechten in Deutschland nimmt zu	161
Für absehbare Zeit auf friedliche Formen der Unterstützung beschränkt: die deutsch-ungarischen Beziehungen (161) – Wenn man den deutschen Forderungen entgegenkomme, gebe es auch keine Hindernisse für gute deutsch-polnische Bezie- hungen: Stresemann und Polen (163) – Bestimmung des Möglichen: die neue deutsche Außenpolitik (164)	
2. Mitteleuropa	166
Ein Treffen Beneš – Stresemann?	166
Wessen Initiative? (166) – Indiskretionen und Mißverständnisse (169)	
3. Die Konferenz der Kleinen Entente	173
Verzögerungen	173
Tschechoslowakisch-Jugoslawische Verstimmungen (175) – Gerüchte und zentri- fugale Interessen: Kommt ein Balkanpakt? (178) – Die Konferenz (181) – Problemfälle: Ungarn, Polen, Bulgarien (183) – Niemand kennt die Beschlüsse - wenn sie denn existieren (188)	
Österreich: Wir sind lebensunfähig	188
Nicht nur die Versorgungslage, auch soziale und politische Probleme beschäftigen Österreich (189) – Kein Anschluß an Deutschland (191)	

III. 3 (Fortsetzung)

<i>Alternative Lösungen für das österreichische Dilemma (193)</i>	
<i>a) Variante (1): die Annäherung an Ungarn (194)</i>	
<i>b) Variante (2): die Annäherung an die Kleine Entente (194)</i>	
<i>c) Variante (3): die Annäherung an Italien (194)</i>	
<i>d) Variante (4): die Kombination Österreich–Tschechoslowakei–Ungarn (195)</i>	
<i>e) Variante (5): Zusammenarbeit aller Nachfolgerstaaten Österreich-Ungarns (195)</i>	
Österreich: Immer wieder ertönt der Ruf nach dem Anschluß - Hindernisse für eine engere Kooperation	196
Die Reaktion der Kleinen Entente	198
Für die deutsche Haltung gegenüber Österreich gilt im Grunde das- selbe wie für die zu den polnischen Grenzen: Verknüpfungs- punkte zwischen „Anschluß“ und Rheinpakt	200
„Man wird Jahrzehnte brauchen, um die Probleme Österreichs zu lösen“ - die Vorschläge der Großmächte	202
4. Die Antwort	206
Herriots Karfreitag	206
<i>Regierungsumbildung in Frankreich (207) – Zu einer grundlegenden Verände- rung der französischen Außenpolitik kommt es durch Herriots Rücktritt nicht: Briand und sein Vorgänger Herriot (208)</i>	
Die französisch-britische Korrespondenz zum deutschen Memo- randum	210
<i>Ein Zweiklassen-System für Friedensverträge? Deutschlands Beitritt zum Völ- kerbund als Voraussetzung zum Erhalt der Rechtsordnung (212) – Briands Versuch, die Schiedsverträge im Osten mit dem Rheinpakt zu verbinden und den Status quo aufrechtzuerhalten (213) – Der konsequente Widerstand der briti- schen Regierung gegen Verpflichtungen in Mittel- und Osteuropa (215)</i>	
„Le minimum à sauver“ - Die Idee eines allgemeinen Vertrags wird angesichts der britischen Haltung zum Genfer Protokoll begraben	218
<i>Drei Depeschen Benešs (220) – Die Rückkehr zur traditionellen Bündnispoli- tik? - Was vom Genfer Protokoll übrigblieb (222) – Benešs Saldo (225)</i>	
IV. DIE KONFERENZ	227
1. Noten	227
Die französische Antwort	227
<i>Das Rheinland: ein Damoklesschwert (227) – Deutsche Vorbehalte: § 16 des Völkerbundspaktes und die Reichweite östlicher Schiedsverträge (228) – Man spekuliert schon über die Zusammensetzung der neuen Regierung: innenpolitische Einflüsse auf die deutsche Außenpolitik (231)</i>	

IV.1 (Fortsetzung)	
Das zweite deutsche Memorandum	232
<i>Mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung: deutsche Vorbehalte (233) – Rücksicht auf innenpolitische Faktoren: Unterschiede zum ersten Memorandum (234) – Reaktionen in Großbritannien (235) – Reaktionen in Frankreich (236) – Benešs Stellungnahme (238) – Die Beratungen der Juristen (243) – Der Wille zur Verständigung (244) – De Margerie überreicht in Berlin die offizielle Einladung zu einer Konferenz: Aber Erfolge erzielen die Juristen nur bei der Textierung des Rheinpaktes (246) – Deutschland entscheidet sich für den kleinen Schweizer Kurort Locarno als Konferenzort: Die Einladung wird angenommen (249)</i>	
2. Der Osten	251
„Ta droga Polska nie pójdzie“ - Diesen Weg wird Polen nicht beschreiten	251
<i>Skrzyński's allgemeine Sondierungen zum Rheinpakt und die französische und britische Arbeit an den einzelnen Paragraphen (252) – Skrzyński's Tournée durch die Vereinigten Staaten: mit welchem Ziel? (254) – Die wirtschaftliche Sanierung des Landes steht im Vordergrund (257) – Der polnische Standpunkt: Die politischen Direktiven zum Rheinpakt als versteckte Drohungen? (259)</i>	
Quod mihi hodie, tibi cras: zum tschechoslowakisch-polnischen Verhältnis	261
<i>„Wir beschicken jede Konferenz der Kleinen Entente, können jedoch nicht teilnehmen, wenn auch Polen dazu eingeladen wird“: das tschechoslowakisch-polnische Verhältnis und die Verkehrskonferenz der Kleinen Entente (262) – Polnische Aktivitäten in Belgrad (266) – Unsicherheit, provisorische Regelungen, Bitterkeit und ständige Reibereien: der Alltag der tschechoslowakisch-polnischen Beziehungen (268)</i>	
„Quod non est in actis, non est in mundo“: die Sechste Vollversammlung des Völkerbundes	270
<i>Benešs Unterredungen (270) – Skrzyński's Memorandum (272) – Beneš und Skrzyński in Genf (273) – Für Beneš keine beneidenswerte Situation: anstehende Wahlen und vertrauliche Mitteilungen (274) – Stresemanns Pressekonferenz und die Folgen (275) – Benešs Reaktion unter Zeitdruck: eine Note an Stresemann (276) – Am heftigsten reagiert Polen: die Folgen von Benešs Demarche (277)</i>	
Volkskommissar Tschitscherin fährt zur Kur	283
<i>Zum Umsteigen in den nächsten Zug benötigt er drei Tage: Tschitscherin in Warschau (284) – Stresemanns Balanceakt zwischen der Sowjetunion und dem Völkerbund: Tschitscherin in Berlin (288)</i>	

3. Locarno	294
Die „Großen“	294
Mit allen Zeichen formaler Gleichberechtigung: der äußere Rahmen der Konferenz	295
<i>Dramatis personae (297) – Kein Anzeichen einer Einigung: die bekannten Stol- persteine (300) – Der „Lettre du bateau“: Ein erster Kompromiß entsteht (302) – Die sogenannten Nebenfragen (303) – Die „Kleinen“ (304)</i>	
Erstrangige und zweitrangige Konferenzteilnehmer	304
Beneš und Skrzyński in der Warteschleife	306
<i>Wieder die Streitfrage: Was regelt ein Schiedsvertrag? (307) – Benešs Unterredun- gen mit Stresemann, Skrzyński und Chamberlain (310) – Nur eine Frage der In- terpretation? - Unterschiedliche Schiedsverträge für Polen und die ČSR (311) – Auftritt Beneš und Skrzyński (314) – Doch noch ein Kompromiß: Für die endgül- tige Formulierung der östlichen Schiedsverträge bleibt gerade ein Abend (315) – Nach einem kurzen Augenblick erscheint Chamberlain auf dem Balkon, in der Hand eine Rolle mit den Verträgen: Die Verträge sind unterzeichnet (316)</i>	
Die Verträge	320
<i>Die Struktur des Vertragswerkes (317) – Schließlich noch zwei Formulierungen zur Beruhigung des Reichstages (319) – Der Rheinpakt (320) – Die Schiedsab- kommen: identische Texte, unterschiedliche Auslegungen (321) – Die Garantie- verträge (325) – Eine interpretationsbedürftige Interpretation: Benešs Kommen- tare zum französisch-tschechoslowakischen Garantievertrag (323) – Die eigentliche Bedeutung des Vertragswerkes (326)</i>	
Der Geist von Locarno: die Auswirkungen	327
<i>Gleichberechtigung (327) – Neue Beziehungen zwischen den Großmächten ent- standen (327) – „Gewinner“: Großbritannien und Italien (328) – Es beginnt die Zeit der Verhandlungen, der Abkommen und der Kompromisse: Die verän- derten Positionen Polens und der Tschechoslowakei (329)</i>	
4. Der Vertrag von Locarno als Kompromiß und Chance zur fried- lichen Koexistenz	332
Die Locarno-Verträge waren das Werk freier Übereinkunft, eines politischen Kompromisses	332
Nationalistische Anfeindungen	333
Locarno, von heute aus betrachtet	334
ANHANG	
Dokumentenanhang	339
Abkürzungen	377
Quellen- und Literaturverzeichnis	379
Personenregister	407

VORWORT

Die Geschichte der europäischen Politik eines einzigen Jahres – vom Herbst 1924 bis zum Herbst 1925 – als Lebenswerk eines Historikers? Dies trifft auf den tschechischen Historiker Radko Břach und sein Buch zwar nicht völlig zu, schließlich hat er auch andere Themen der Außenpolitik zu anderen Zeiträumen bearbeitet. Dennoch kann man von einer lebenslangen Beschäftigung mit dem Thema sprechen: Seit 1960 sein Aufsatz „Locarno und die tschechoslowakische Diplomatie“ in der „Tschechoslowakischen Historischen Zeitschrift“ (Československý časopis historický) erschienen ist, hat das Thema „Locarno und Europa“ Břach nicht mehr losgelassen. Nachdem er in Folge des „Prager Frühlings“ seine Stelle an der Militärpolitischen Akademie (Vojenská politická akademie) in Prag verloren hatte, hat er das Archivmaterial, das er vor der Intervention der Warschauer-Pakt-Mächte in tschechoslowakischen, polnischen und DDR-Archiven kopiert hatte, „nebenbei“ weiterbearbeitet, mit der damals verfügbaren Literatur abgeglichen und zwischen 1982 und 1984 das Manuskript des vorliegenden Buches erstellt, das dann 1985 als Samizdat-Druck in Prag verbreitet wurde. Auch heute noch beschäftigt sich der Verfasser mit dem Thema, in den Monaten vor dem Erscheinen der deutschen Übersetzung hat er weitere Erläuterungen verfaßt.

Das Buch ist eine reine Diplomatiegeschichte. Es zeigt, wie sich die handelnden Personen im Netzwerk unterschiedlicher nationalstaatlicher Interessen, nur sechs Jahre nach Kriegsende und fünf Jahre nach dem Versuch der Neuordnung Europas in den Pariser Friedensverträgen, um eine Wiederbelebung der europäischen Politik bemühten. Der Vertrag von Versailles hatte die Staaten Europas in Sieger und Besiegte aufgeteilt; der Völkerbund als neue Institution sollte den Frieden und die Dauerhaftigkeit des Vertragswerkes durch die Zementierung der Machtverhältnisse sichern. Frankreich, das die Hauptlast des „großen Krieges“ getragen hatte, stärkte nach dem Ausscheiden der USA aus der europäischen Politik seine prekäre Vormachtstellung durch weitere Verträge, erzwang die Einhaltung der Vertragsbedingungen durch eine Politik der „produktiven Pfänder“ gegenüber Deutschland und wollte im Rahmen des Völkerbundes mit dem Genfer Protokoll eine Art Automatismus der Friedenssicherung durchsetzen. Hier beginnt der Verfasser seinen akribischen Bericht, der aufzeigt, warum dieser Versuch am Einspruch Großbritanniens gescheitert ist.

Auf der anderen Seite standen die Verlierer des Weltkrieges, denen in den Pariser Vorortverträgen die Friedensbedingungen diktiert worden waren (Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien). Nur unter Zwang hatten sie sich mit ihrer Lage abgefunden, aber den Gedanken einer Revision der Verträge nicht aufgegeben. In dieser Situation, die von den „Siegern“ als ständige Bedrohung empfunden wurde, über-

raschte der deutsche Außenminister Gustav Stresemann – nach entsprechender Vorbereitung – die Welt mit der deutschen diplomatischen Note vom 9. Februar 1925, in der sich Deutschland zu einer freiwilligen Anerkennung der gemeinsamen Westgrenzen mit Frankreich und Belgien bereit erklärte. Angesichts der Auswirkungen der Besetzung des Ruhrgebietes und der Verzögerung bei der Räumung des Rheinlandes war dies für Frankreich ein verlockendes Angebot. Allerdings war Berlin nicht bereit, die gleiche Verpflichtung gegenüber den Nachbarn im Osten zu übernehmen. Dies lag nicht an der Tschechoslowakei, sondern richtete sich gegen Polen, demgegenüber sich Deutschland die Möglichkeit einer friedlichen und einvernehmlichen Änderung der Grenzen vorbehalten wollte. Das Wort „friedlich“ sollte jedoch nur den Krieg als Mittel zur Durchsetzung dieser Ziele ausschließen, denn zu wirtschaftlichem und politischem Druck war Berlin durchaus bereit, wie die Ablehnung der Aufnahme von Kohlelieferungen aus Polen und der „Zollkrieg“ seit 1925 bewiesen. Die Positionen Prags und Warschaws zu dieser Problematik, sind – neben den Strategien und Zielen von Frankreich, Großbritannien und Deutschland – der zweite Strang der Darstellung des tschechischen Autors.

Die Diplomaten definierten die Interessen ihrer Staaten, und diese Positionen waren sehr unterschiedlich und teilweise gegeneinander gerichtet. Frankreich wollte das mühsam erreichte Übergewicht gegenüber Deutschland absichern und dazu dessen östliche Nachbarn an sich binden. Großbritannien hatte weltweite Interessen in seinen Kolonien sowie im Commonwealth und wollte seine Entscheidungsfreiheit wahren, zumal es die territorialen Verhältnisse in Ostmitteleuropa als fehlerhaft ansah. Für sein Anliegen konnte Deutschland Unterstützung für seine Bemühungen erwarten, seine Lage durch eine Regelung der Reparationsfragen zu bessern und die Gleichberechtigung unter den Staaten Europas zurückzugewinnen. Die Verbindung zu Sowjetrußland, der anderen ausgeschlossenen Großmacht, konnte Berlin nutzen, um seine Position zu stärken und gegebenenfalls Druck auszuüben.

Angesichts dieser zentralen Probleme in den Beziehungen der damaligen europäischen Großmächte traten die Interessen der kleineren Staaten in den Hintergrund. Aus der Gruppe der Verlierer der Friedensverträge war von Österreich kaum die Rede; zwar hielt Wien die Option eines Anschlusses an Deutschland offen, aber diese war damals illusorisch, wie besonders die tschechoslowakische Regierung in Prag immer wieder demonstrierte. Noch weniger konnte Ungarn auf internationale Unterstützung hoffen, um sich der Umklammerung durch die „Kleinen Entente“ (Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien) zu erwehren. Aber auch die Lage der Gewinner war problematisch: Die ČSR stand mit einem Bein bei den Gewinnern, da sie in letzter Minute als Mitglied der Allianz der Westmächte anerkannt worden war, mit dem anderen aber im Lager der Verlierer, weil sie einen Anteil an den Kriegsschulden zu tragen hatte, der als „Befreiungstaxe“ getarnt worden war. Zudem hielt Prag deutlich Abstand zu Polen, dessen Landgewinne auf Kosten Deutschlands (besonders durch die Teilung Oberschlesiens und die Sonderstellung Danzigs) in der deutschen Publizistik eine stete Polemik über die „blutende Grenze“ zur Folge hatte. Aber auch im Osten hatte Polen 1921 im Frieden von Riga gegen Sowjetrußland sein Territorium erweitert und über die kompakte ethnisch-polnische Besiedlung hi-

nausgegriffen, was man in Polen als Würdigung der eigenen Kulturleistung verstand, aber von den Nachbarn – besonders von Litauen – als Ärgernis empfunden wurde.

In dieser kurzen Auflistung der politischen Probleme Europas, die in der vorliegenden Diplomatiegeschichte im Zentrum stehen, sind andere Themen nur knapp behandelt, nämlich die Interessen der Wirtschaft, die kulturellen Beziehungen, die Probleme der Innenpolitik mit den konkurrierenden Interessen der Parteien sowie die Lage der nationalen Minderheiten. Gerade für die Tschechoslowakei ist der letztgenannte Faktor von besonderer Bedeutung, weil Prag einerseits nach außen die Existenz einer großen deutschsprachigen Minderheit zur Abwehr von französischen Forderungen verwenden konnte (etwa bei der Reise von Marschall Foch nach Warschau und Prag im Frühjahr 1923), die Minderheitenfrage andererseits jedoch die Beziehungen zu Berlin belasten konnte. Der Außenpolitik der Tschechoslowakei, die von Außenminister Edvard Beneš weitgehend im Alleingang gestaltet wurde, kam auch eine innenpolitische Bedeutung zu. Während Beneš dabei eigentlich nur von Präsident Tomáš G. Masaryk vorbehaltlos unterstützt wurde, äußerten insbesondere die Parteien immer wieder Kritik an Benešs Außenpolitik. In der Öffentlichkeit hatte Beneš hingegen ein ganzes publizistisches System zur Verfügung, das seine Positionen unterstützte, z. B. das Organ seines Ministeriums: die „Zahraniční Politika“ (Außenpolitik), die offiziöse „Prager Presse“ und die Parteizeitung „České slovo“ (Das tschechische Wort). Während Beneš von seinen zeitgenössischen innenpolitischen Gegnern oft angefeindet wurde, erscheint er in Břachs Darstellung sehr positiv, als „Optimist“ und wendiger Politiker, der immer einen „Plan B“ präsentieren konnte und der bei Niederlagen stets das Positive hervorhob; seine Partner in der internationalen Politik haben ihn dagegen oft als „umtriebige“ und „windige“ beurteilt.

* * *

Fortschritt in der historischen Wissenschaft ist normalerweise auf zwei Wegen erreichbar, zum einen durch die Erweiterung der Quellenbasis und zum anderen durch eine Neubewertung der Quellen. Der erste Ansatz umfaßt das Auffinden und Erschließen von Quellen, die bisher unbekannt bzw. ungenutzt waren, als auch die Benutzung von Archiven und Beständen, die zuvor unzugänglich waren. Dies hat der Verfasser erreicht, denn er hat zum einen tschechische und polnische Archive systematisch nach Korrespondenzen und Konzepten für die Zeit der Locarno-Konferenz durchforstet. Zum anderen hat er die Memoirenliteratur der beteiligten Personen in zuvor kaum erreichter Ausführlichkeit bearbeitet. Břach bietet interessante Einsichten, z. B. in die französisch-tschechoslowakischen Beziehungen, bereichert unsere Kenntnisse durch anekdotische Bemerkungen über die Hintergründe von Ereignissen und Entscheidungen sowie darüber, wie Personen auftraten oder sogar aussahen. Břach konnte dabei auch noch von seinen späteren Forschungen profitieren, die er nach der Wende von 1989 als Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte der tschechischen Akademie der Wissenschaften (Ústav pro soudobé dějiny Akademie věd) und als Abteilungsleiter am Institut für Militärgeschichte (Vojenský his-

torický ústav) in Prag über die tschechoslowakisch-französischen Militär-Beziehungen betrieben hat.

Aber der Verfasser geht auch den zweiten Weg – den der Neuinterpretationen und der Abkehr von vorgefaßten oder gar durch politische Stellen vorgegebenen Meinungen. In dieser Hinsicht ist das Thema ein Musterbeispiel: Nach den belastenden Erfahrungen, die der Zweite Weltkrieg und die deutsche Okkupation für die Tschechen bedeutet hatte, lautete eine These der tschechoslowakischen Historiker, daß Berlin in Ostmitteleuropa immer und von jeher imperialistische Ziele verfolgt habe, also das Münchener Abkommen und die Abtretung des „Sudetenlandes“ 1938 unter jahrelanger Verschleierung seiner wahren Ziele vorbereitet hätte. Diese teleologische Auffassung hat sich sogar in der gängigen Bezeichnung der ČSR als „Vormünchner Republik“ niedergeschlagen. Dies war auch der Tenor von Břachs ersten Aufsätzen, und besonders der DDR-Historiker Gerhard Fuchs hat diese These nach Benutzung der Akten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (damals in Bonn) zu belegen versucht. Dieser Deutung hatte ich in meiner Dissertation von 1968, die 1970 als Buch erschienen ist, widersprochen, weil zum einen 1925 niemand die weitere Entwicklung Hitlers und seiner Bewegung hatte voraussehen können und zum anderen aus den Akten – den gleichen, die auch Fuchs gesehen hatte – keine Anzeichen für eine deutsche Verschwörung gegen Prag abgeleitet werden konnten. Ich habe damals für einen differenzierteren Blick auf die Berliner Politik gegenüber der ČSR geworben: Nach außen hin gab es keine wirklichen Probleme (die Abtretung des kleinen Hultschiner Ländchens hatte zwar dessen intensive Beobachtung durch lokale Diplomaten zur Folge, beeinflusste die große Politik aber nicht). Dagegen war eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zu beiderseitigem Nutzen gegeben, die später der tschechoslowakische Wirtschaftshistoriker Eduard Kubů genauer untersucht hat. Zwar bestanden im Auswärtigen Amt in Berlin Vorbehalte gegenüber der Tschechoslowakei, die als unbequemer und wenig bekannter Nachbar galt; die Beziehungen wurden aber stets als „korrekt“ bezeichnet, was wenig besagt, aber jedenfalls nicht feindselig war. Nur gelegentlich lassen sich Spuren in den Akten finden, die darauf hinweisen, daß ein wirtschaftlich erstarktes Deutschland in Zukunft versucht hätte, seine Interessen stärker durchzusetzen. Doch diese Perspektive betraf nicht die Grenzen beider Staaten, die an dieser Stelle Europas zu den ältesten und in ihrem Grundbestand niemals wesentlich veränderten gehörten.

Ganz anders war die deutsche Einstellung gegenüber Polen, gegen das massive Vorbehalte zu finden sind und gegen dessen Grenzen sogar eine Zusammenarbeit mit Sowjetrußland bzw. mit der UdSSR gesucht wurde. Dennoch spielte das Problem der sudetendeutschen Minderheit in der Tschechoslowakei eine gewisse Rolle, schon weil Außenminister Stresemann aus innenpolitischen Gründen auf die Unterstützung der deutschen Nationalisten angewiesen war. Obwohl gelegentlich kleine Finanzhilfen für Presseorgane oder kulturelle und wirtschaftliche Einrichtungen erwähnt werden, gab es keine direkte Intervention oder Einflußnahme in deren Politik. Der deutsche Gesandte Walter Koch, dessen Berichterstattung aus Prag ich in einer Auflistung der Probleme zusammengefaßt habe (Kap. X der Dissertation) und

die in der Reihe der „Deutschen Gesandtschaftsberichte aus Prag“ ediert wurde, hat die „Berlingängerei“ einiger nationalistischer sudetendeutscher Politiker scharf kritisiert und als Richtlinie formuliert: „Sudetendeutsche Politik wird nicht in Berlin gemacht“. Privat hat er zum Entgegenkommen gegenüber der tschechischen Seite aufgerufen und als Lösung vieler Probleme im Lande empfohlen: „Tschechisch lernen und deutsch bleiben“. Im direkten Gespräch zwischen Stresemann und Beneš in Genf hat sich gezeigt, daß die Berliner Regierung kaum Möglichkeiten hatte, auf die inneren Entwicklungen des Nachbarstaates wirksam Einfluß zu nehmen.

Die damaligen Forschungsarbeiten hatten alle ihre Grenzen: Meine Dissertation basierte auf den Akten des Auswärtigen Amtes und auf der veröffentlichten Literatur, aus der insbesondere Piotr S. Wandycz aus den USA herausragte; mit anderem Ansatz folgte ihm 1975 Gregory Campbell. Břach und Fuchs mußten damals den ideologischen Vorgaben der regierenden Kommunisten folgen und deren Thesen belegen; im vorliegenden Buch hat Břach dies kritisiert und korrigiert sowie auf der Basis der tschechoslowakischen Akten manches frühere Urteil modifiziert; er hat die verschiedenen Stränge langjähriger Arbeit dann zusammengeführt und ein abgewogenes Urteil gefällt.

* * *

Das Buch ist unter Bedingungen entstanden, die nach der Intervention der Warschauer Pakt-Mächte in der Tschechoslowakei unter dem Begriff „Normalisierung“ zusammengefaßt wurden. Aber nichts war darin „normal“, nur die Rückkehr zum unbedingten Gehorsam der tschechischen und slowakischen Kommunisten gegenüber den Weisungen aus Moskau. Wie viele andere Intellektuelle mußte auch Radko Břach für die kurze Zeit freien Denkens im Jahre 1968 mit der Entlassung aus der Militärpolitischen Akademie bezahlen und seinen Lebensunterhalt mit einer fachfremden Tätigkeit verdienen. Erst nach „Feierabend“ konnte er sich dem Studium der Akten widmen und die ausländische Literatur kritisch sichten. Mit strikter Beschränkung auf die diplomatische Geschichte des Jahres 1924/25 hat er dann bis 1984 das Manuskript seiner „Evropské variace“ (Europäische Variationen) erstellt, das als Maschinenschrift in Prag rasch „ausverkauft“ war. Da eine reguläre Publikation damals in der Tschechoslowakei unmöglich war, habe ich 1987 die Übersetzung des Manuskripts ins Deutsche und den Druck des Buches im Rahmen der Publikationen des Collegium Carolinum empfohlen. Seit 1994 arbeitete dann Jana Heumos an dieser Übersetzung. Inzwischen hatte sich aber für den Autor unter den veränderten politischen Bedingungen in Prag die Möglichkeit ergeben, sein Buch unter dem Titel „Československo a Evropa v polovině dvacátých let“ (Die Tschechoslowakei und Europa in der Mitte der zwanziger Jahre) in tschechischer Sprache zu veröffentlichen; das Buch erschien 1996 im Verlag Paseka, mit Förderung der Prager Dependance der Friedrich-Ebert-Stiftung. Diese Fassung wurde bei der Bearbeitung der deutschen Übersetzung, in die auch während der einzelnen Arbeitsphasen weitere Anmerkungen und Änderungen des Verfassers einfließen, berücksichtigt, so daß das jetzt vorliegende Buch nicht völlig mit der tschechischen Publikation über-

einstimmt. Angesichts der ungewöhnlich langen Zeit zwischen der Erstellung des Manuskriptes und dem geplanten Erscheinen des Buches wurde diesem zudem ein erweitertes Literaturverzeichnis beigelegt, dessen letzter Eintrag bis ins Jahr 2010 reicht; die Namen der damals benutzten Archive wurden in die heute übliche Form übertragen. Viele Hände haben also dazu beigetragen, das Buch in seine heutige Gestalt zu bringen, das auch deswegen seinen Wert bewahrt, weil in der Forschung der letzten Jahrzehnte nichts wesentlich Neues erschienen ist. Auch nach Überwindung der „Normalisierung“ war die Entstehungsgeschichte des Buches alles andere als „normal“.

* * *

Die reine Diplomatiegeschichte der Staaten Europas war lange ein eigener Forschungszweig der Geschichtswissenschaft, der inzwischen überholt ist, weil auch andere Faktoren der auswärtigen Beziehungen das Bild bereichert haben: Innenpolitik und Parteiengeschichte, Minderheitenpolitik, Wirtschaft und Kultur. Auch die Richtung der Historischen Sozialwissenschaft oder in den letzten Jahren die Kulturwissenschaft haben diese Fachrichtung bereichert und komplexer gestaltet. Angesichts dieser Entwicklung mag eine klassische Diplomatiegeschichte heute etwas altmodisch erscheinen, doch ist sie deswegen keineswegs überflüssig oder gar langweilig. Wie die Politiker Europas einst die Beziehungen ihrer Staaten untereinander gestaltet haben und welche Spannungen sie dabei überwinden mußten, welche Probleme die Grenz- und die Prestigefragen bereiteten, scheinen vor dem Hintergrund der Europäischen Einigung heute überholt und manchmal schwer vermittelbar; lehrreich ist es gleichwohl. Für die meisten Staaten Europas sind solche Fragen nach dem Beitritt zur Europäischen Union nun Teile einer europäischen Innenpolitik; europäische Außenpolitik ist heute auf die Stellung Europas in der Welt und den Umgang mit globalen Problemen ausgerichtet; dabei haben aber politisches Handeln und Verhandeln keinesfalls an Bedeutung verloren.

Im Herbst 2010

Manfred Alexander

I. UNSICHERHEITEN

Das Jahr 1925 begann für Europa mit einer gewissen Unsicherheit. Im Grunde gab es keinen Anlaß zur Besorgnis, die optimistische Stimmung überwog. Die Bilanz des vergangenen Jahres war ermutigend. Die Hoffnungen, welche die tschechoslowakische Außenpolitik auf die neuen, linksorientierten Regierungen in Frankreich und Großbritannien gesetzt hatte, waren nicht unbegründet. Die Schlüsselfragen der europäischen Krise waren im Jahre 1924 in bemerkenswertem Tempo gelöst worden. Der Bruch zwischen Großbritannien und Frankreich wurde überwunden, man fand einen Ausweg aus dem Problem der Reparationen, Deutschland wurde für die Beteiligung am Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft gewonnen, und man begann mit den Verhandlungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Auf der fünften Tagung des Völkerbundes wurde das Genfer Protokoll angenommen, durch das ein möglicher Krieg durch verbindliche Garantien gegen Gewaltanwendung und durch die Ausarbeitung von Methoden zur friedlichen Lösung von Streitfragen verhindert werden sollte. Die europäischen Großmächte erkannten de jure die UdSSR an, vielfältige Möglichkeiten einer friedlichen Entwicklung Europas zeichneten sich ab. Die Zeit der heftigen Worte und feindlichen Gesten, Ultimaten und Sanktionen ging langsam zu Ende. Die Politik der Verständigung, der Kooperation und der rationalen Lösungen erzielte bemerkenswerte Ergebnisse. All das war für die weitere Entwicklung ermutigend. Die Unsicherheit bestand jedoch darin, ob alle dem eingeschlagenen Weg weiter folgen würden.

Ende 1924 veränderten sich die innenpolitischen Voraussetzungen der sich neu entwickelnden europäischen Beziehungen. In Großbritannien verlor die Labour Party die Wahlen, und an die Macht kamen erneut die Konservativen. Deren außenpolitische Konzeption unterschied sich deutlich von derjenigen der Vorgängerregierung, und man befürchtete berechtigterweise, daß diese Veränderung alle außenpolitischen Bemühungen des Kabinetts unter Premierminister James Ramsay MacDonald rückgängig machen würde. Auch in Deutschland wurde gewählt und eine neue Regierung gebildet. Zum ersten Mal gehörte ihr die Partei der Deutschnationalen (DNVP) an, eine Partei, die bis dahin antirepublikanisch und anderen Völkern gegenüber intolerant eingestellt war. Was verbarg sich hinter diesen Veränderungen, wie sollte man sie bewerten, und welche Rolle spielt ihr „Regisseur“, der deutsche Außenminister Gustav Stresemann? Dies war der zweite Bereich, der Unsicherheiten im politischen Leben Europas hervorrief. Und schließlich stand die Kartellregierung in Frankreich unter starkem Druck von rechts, was nicht ohne Einfluß auf die Außenpolitik

von Premier- und Außenminister Édouard Herriot blieb. Zum Neujahr 1925 meldete Frankreich, daß es die besetzte Kölner Zone nicht, wie in den Friedensverträgen vereinbart, in Kürze räumen werde.

Während der tschechoslowakische Außenminister Edvard Beneš ein Jahr zuvor Prognosen gewagt und sich als in die europäischen Entwicklungen eingeweiht gegeben hatte, schien er sich zum Jahresende 1924 von der Öffentlichkeit fernzuhalten. Man hörte nichts von und nichts über ihn: keine Artikel zum Neuen Jahr, keine Interviews – er wartete ab.

1. Die Tories

Parteien in Europa

Über die Mentalitäten einzelner Völker sagen die Namen der politischen Parteien viel aus. In Frankreich versuchten sich alle Parteien in der Behauptung zu überbieten, sie seien linksgerichtet und republikanisch. Die Parteien hießen Entente républicaine démocratique, Républicains de gauche, Gauche républicaine, Action républicaine et sociale, Républicains socialistes, Radicaux socialistes oder Gauche radicale. Albert Guérard schrieb dazu:

Die Benennung der Parteien ist gelinde gesagt, pervers. Die 'Liberalen' sind in der Wolle gefärbte Konservative. Die 'Konservativen' sind revolutionär im Geist, im Ton und in der Methode. Die 'Soziale und Radikale Linke' gehört zur Rechten. Die 'Radikalsozialisten' sind vorsichtig abwartende Bürgerliche. Und der reaktionärste Staatsmann der letzten Jahre, Präsident Etienne Alexandre Millerand, war ein Sozialist.¹

In Deutschland stellten die Wörtersilben „Volk“ und „Nation“ die Beschwörungsformel dar: Deutschnationale Volkspartei (DNVP), Deutsche Volkspartei (DVP), Bayerische Volkspartei (BVP). Ohne einen „Fremdenführer“ durch das politische Leben dieser Länder oder entsprechende eigene Kenntnisse hätte ein Beobachter aus den Namen der Parteien nur schwer die jeweilige politische Ausrichtung ableiten können.

In Großbritannien war alles – „wie es sich eben gehört“ – übersichtlich. Die Parteinamen – Labour Party, Liberal Party, Conservative Party – ließen niemanden im Zweifel darüber, um welche Art von Partei es sich handelte. Es war klar, auf welche soziale Schicht sich die jeweilige Partei stützte, und keiner konnte sich darin irren, wo links, rechts und wo die Mitte war. Nur in einem Land, in dem man Tradition für einen unbestreitbaren Wert hielt, brauchte sich auch eine Partei – offiziell immer noch Unionist Party – der Bezeichnung „konservativ“ nicht zu schämen. Und um so weniger muß man daran zweifeln, daß sie auch tatsächlich konservativ war.

¹ *Gunther*, John: *Evropa – jaká je* [So sehe ich Europa. dt. Ausgabe Amsterdam 1937]. Praha 1936, 152–153.

Die Regierung „Seiner Majestät“

Nach dem kurzen Intermezzo eines Labour-Kabinetts kehrte Großbritannien zur gewohnten konservativen Regierung zurück.² An die Macht kamen erneut die Tories, die das Zugehörigkeitsgefühl zum britischen Empire und zur Tradition repräsentierten. Unter der Leitung von Premierminister Stanley Baldwin wurde am 7. November 1924 eine neue Regierung gebildet. Ihr gehörten u. a. an: Außenminister Sir Austen Chamberlain, der Vorsitzende des Geheimen Rates Lord George Curzon, Lordkanzler Lord George Cave, Schatzkanzler Winston Churchill, der Innenminister William Joynson-Hicks, der Kolonialminister Leopold Amery, Kriegsminister Sir Laming Worthington-Evans, der Minister für Indienangelegenheiten Lord Edwin Birkenhead, der Minister für Luftfahrt Samuel Hoare und der Gesundheitsminister Neville Chamberlain.

Der tschechoslowakische Gesandte in London Vojtěch Mastný arbeitete für das Außenministerium Charakteristiken der einzelnen Regierungsmitglieder aus. Es handelt sich zwar um subjektive Beurteilungen, die daher nur Teilaspekte berücksichtigen, nichtsdestotrotz sind sie interessant.

Premierminister Baldwin war damals 57 Jahre alt. Ein „typischer Engländer“ – im Hinblick auf seine gemäßigte Einstellung und Umsicht, seinen milden, abgeklärten Pessimismus und seine Abscheu vor Finesse und Hinterlist – vollkommen aufrichtig, selbstlos und seinem Land ergeben. Ohne politische Ambitionen; sein einziger Ehrgeiz war befriedigt, als er Premierminister wurde: Seine absolute Zuverlässigkeit, Solidität und Humanität machten ihn in breiten Schichten sehr populär.³

Dem Bericht des Gesandten zufolge war Baldwin über die tschechoslowakischen Verhältnisse gut informiert; er kannte Präsident Thomas Garrigue Masaryk und auch Außenminister Beneš persönlich. Wenn man diese Charakteristik mit der späteren des amerikanischen Journalisten John Gunther vergleicht, stimmen beide in bemerkenswerter Weise überein – insbesondere in der Bewertung von Baldwins Solidität, der Nüchternheit und der Seriosität. Gunther bemerkt noch einen anderen charakteristischen Zug in der politischen Karriere Baldwins: Es gab in ihr lange Phasen der Passivität, Untätigkeit sowie Schweigsamkeit (im Laufe der ersten neun Jahre hielt Baldwin im Parlament nur fünf Reden), und nach Gunther gehörten gerade die Jahre 1924 bis 1929 zu diesen „passiven“ Perioden.⁴

² Zu den Wahlen im Oktober 1924 und den Umständen des Scheiterns der Regierung MacDonald vgl. *Břach*, Radko: *Československá zahraniční politika v politických proměnách Evropy 1924* [Die tschechoslowakische Außenpolitik im politischen Wandel Europas im Jahr 1924]. In: *Břach*, Radko (Hg.): *Studie z dějin předmnichovské republiky* [Studien zur Geschichte der Vormünchener Republik]. Praha 1983, 2–98.

³ Vgl.: *Mimořádná politická zpráva Mastného z Londýna 17. listopadu 1924* [Außerordentlicher politischer Bericht Mastnýs aus London vom 17. November 1924]. In: *Politické zprávy*, Londýn [Politische Nachrichten, London]. Archiv Ministerstva zahraničních věcí, Praha (im folgenden *AMZV*) [Archiv des Außenministeriums, Prag] 253 (1924).

⁴ Vgl. *Gunther*: *Evropa – jaká je* 262–268.